

Soziale Hygiene.

Staatliche und private Mutterschaftsversicherung.

Von Dr. Alfons Fischer in Karlsruhe.

(Schluß aus No. 34.)

In Deutschland (und ähnlich in Oesterreich-Ungarn) sind Anfänge, wie wir gesehen haben, einer Mutterschaftsversicherung vorhanden. Aber der bestehende Schutz wird als unzureichend erachtet, erstens weil er nicht umfassend genug ist (er bezieht sich nur auf die Mitglieder der Orts- und Betriebskrankenkassen), zweitens weil die Höhe der Entschädigung zu gering ist (gewährt werden nur zwei Drittel des durchschnittlichen Tagelohns), und drittens weil die Schutzfrist zu gering ist. Aus diesen Gründen sind die eingangs genannten Forderungen gestellt und Petitionen an den Reichstag, bzw. an die Reichsbehörden gerichtet worden; aus diesen Gründen wird vom Staate, wie erwähnt, eine Weiterentwicklung der einschlägigen Gesetzesparagrafen verlangt. Die ausführlichsten Angaben, wie eine vom Reiche zu schaffende, den modernen sozialhygienischen Anforderungen entsprechende Einrichtung gestaltet sein müßte, insbesondere wie ihre finanziellen Verhältnisse voraussichtlich sich ergeben würden, liegen gemäß den auf größter Sachkenntnis beruhenden Berechnungen von Mayet¹⁾ vor. Dieser Forscher tritt für den Umbau und die Weiterbildung der gesamten sozialen Versicherung ein; hierbei fordert er auch die Ausdehnung der staatlichen Mutterschaftsversicherung auf die gesamte Arbeiterschaft der Industrie, des Handwerks, der Land- und Forstwirtschaft, der Heimarbeit, der Hausindustrie und die Dienstboten; er verlangt die Zusammenfassung der drei Versicherungseinrichtungen (Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung) und die Aufnahme der Mutterschaftsversicherung in die Krankenversicherung.

Mayet schätzt, daß die soziale Versicherung, wenn diese nach den von ihm gemachten Vorschlägen erweitert sein würde, sich auf etwa 20 Millionen Mitglieder mit 19,6 Millionen Angehörigen,

1) Mayet, l. c.

zusammen 39,6 Personen, d. h. auf zwei Drittel des deutschen Volkes erstrecken würde. Er nimmt ferner an, daß der durchschnittliche Arbeitsverdienst pro Kopf und Jahr 700 Mark beträgt, sodaß also der Lohnfonds, für den zur sozialen Versicherung beizutragen wäre, sich auf 14 Milliarden Mark belaufen würde. Er schreibt dann weiter: „Eine Schätzung des Aufwandes für die vorgeschlagene Mutterschaftsversicherung kann in folgender Weise vorgenommen werden: Die erweiterte soziale Versicherung umfaßt 39,6 Millionen Personen; für sie 36 Geburten einschließlich der Totgeborenen durchschnittlich auf 1000 Einwohner gerechnet, ergibt für den erweiterten Kreis der Kassenbevölkerung 1 425 600 Geburten jährlich; auf jede Geburt sechs Wochen Schwangerschafts- und sechs Wochen Wöchnerinnenunterstützung gerechnet, ergibt 17 107 200 Unterstützungswochen. Den Wochendurchschnittslohn der Frau mit 11,20 Mark angenommen, ergibt, wenn der halbe Lohn als Unterstützung gezahlt wird, 5,60 Mark pro Woche = 80 Pfennig pro Tag, die Sonntage mitbezahlt. Für 17 107 200 Unterstützungswochen werden dann 95,8 Millionen Mark aufgewendet.“ „Für die freie Gewährung der Hebammendienste sind nach dem in Königreich Sachsen üblichen Satz des Hebammenhonorars — 10 Mark — für 1 425 600 Geburten 14,3 Millionen Mark Hebammengebühr einzusetzen. Die Honorare der Aerzte sind in dem von mir vorgelegten Plan der künftigen sozialen Versicherung mit einer Gesamtsumme von 136 Millionen Mark berücksichtigt, bei der Mutterschaftsversicherung aber nicht gesondert angesetzt, da sie aus dem eben genannten Pauschalhonorar bedacht sind. Zu den genannten Kosten kämen dann noch etwa 25 Millionen, die als Stillprämien verwandt werden sollen.“ Nach Mayet würde also der gesamte Jahresaufwand für die Mutterschaftsversicherung (abzüglich der Aerztehonorare!) $95,8 + 14,3 + 25 = 135,1$ Millionen Mark oder durchschnittlich 95 Mark pro Geburt betragen. Bei diesem System der staatlichen Mutterschaftsversicherung, bei welchem in durchaus gerechtfertigter Weise auch die Männer zu den Kosten beizusteuern hätten, würde sich der Aufwand auf den gesamten Lohnfonds von 14 Milliarden verteilen. Der Betrag für die Gesamtkosten der Mutterschaftsversicherung würde mithin rund ein Prozent des gesamten Lohnfonds ausmachen.

Es wird dann noch von Mayet selbst ausgeführt, daß, wenn man den berechtigten Forderungen der in der Frauenbewegung stehenden Frauen, die nicht nur den halben Lohn (wie in dem Vorschlag von Mayet), sondern den vollen Tageslohn als Unterstützung für die Schwangeren, bzw. Wöchnerinnen verlangen, gerecht werden wolle, so würden die Kosten der Mutterschaftsversicherung sich auf weitere 96 Millionen Mark, 0,7 % des gesamten Lohnfonds belaufen.

Es bleibt nun noch zu erörtern, welche Einwände sich gegen das von Mayet vorgeschlagene System und damit überhaupt gegen das staatliche System der Mutterschaftsversicherung erheben lassen.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß, wenn man den Forderungen der Sozialhygiene Rechnung tragen will und zugleich die gegenwärtig vorliegenden Verhältnisse bezüglich der Anzahl der Versicherten nebst deren Angehörigen sowie ihre durchschnittlichen Jahresverdienste gebührend berücksichtigt, man kein besseres System erdenken kann, als es Mayet vorgeschlagen hat. Darum wird man die Bedenken, die sich gegen das System von Mayet richten, gegen jedes staatliche System äußern müssen. Zunächst wird man den Einwand machen müssen, daß es wohl noch lange Zeit dauern würde, bis eine Mutterschaftsversicherung im Sinne von Mayet von Reichswegen eingeführt wird. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß bei den langen sozialpolitischen Debatten des gegenwärtigen Reichstages der Mutterschaftsversicherung mit keinem Worte Erwähnung getan ist. Diese Tatsache ist doch gewiß schon ein deutlicher Hinweis dafür, daß vorläufig die deutschen Parlamentsmitglieder noch wenig oder garnicht an eine Reichsmutterschaftsversicherung denken. Dann aber berücksichtige man, wieviel Zeit verstreichen wird, bis von den zuständigen Reichsämtern die notwendigen, mit deutscher Gründlichkeit anzustellenden Erhebungen beendet sein werden. Man erinnere sich an meine obigen Ausführungen, nach denen in Frankreich und in Italien seit Jahren in den Parlamenten Mutterschaftsversicherungsgesetzentwürfe vorgelegt und beraten wurden, ohne daß eine Vorlage Gesetz geworden ist. Glaubt man, daß es bei uns anders sein würde? Ist es anzunehmen, daß bei den heftigen Parteikämpfen, die z. B. das Mayetsche System sicherlich hervorrufen würde, in dieser Legislaturperiode (d. h. in den nächsten fünf Jahren) ein brauchbares Mutterschaftsversicherungsgesetz zustande kommen wird? Und soll bis dahin nichts geschehen? Besonders aber vom finanziellen Standpunkte aus gibt der Vorschlag von Mayet wegen der großen Ausgaben, wodurch der sozialhygienische Nutzen des Schutzes erhebliche Einbuße erleiden würde, zu schwerwiegenden Bedenken Anlaß;

die jährlichen Kosten der staatlichen Versicherung würden sich nach Mayet auf etwa 1,6 % des gesamten Lohnfonds belaufen! Mayet erwartet hiergegen Einwände und sucht sie im voraus folgendermaßen zu entkräften: „Wenn die Arbeitnehmer mancher Industrie jetzt 10 und mehr Prozent Lohnerhöhung fordern, oder wenn die Arbeitgeber dieser oder jener Industrie jetzt 4 oder 5 % Lohnerhöhung gewähren müssen, so entsetzt sich niemand darüber und fürchtet davon eine Hemmung oder das Ende der Volkswohlfahrt.“ Dem muß aber erwidert werden, daß es zwar nach langen und schwierigen Kämpfen für die organisierte Arbeiterschaft einiger Industriezweige möglich ist, einige Prozent Lohnerhöhung zu erlangen; daß es aber für die große Masse der Arbeiter, insbesondere für die Nichtorganisierten, sehr schwer sein dürfte, eine Erhöhung der Löhne um $1\frac{1}{2}$ % zu erkämpfen. Bis jetzt sind insgesamt erst etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen¹⁾ Arbeiter in Gewerkschaften organisiert; Mayet nimmt aber 20 Millionen Arbeiter an, auf die sich die erweiterte Versicherung erstrecken würde. (Allerdings nimmt die Zahl der Organisierten stetig zu; im Jahre 1905 ist die Zahl der Mitglieder in den freien Gewerkschaften sogar um 27,8 % gestiegen.²⁾)

Ich weiß wohl, wie befremdend es erscheinen muß, wenn jemand, der Anspruch darauf macht, als fortschrittlich gesinnt in sozialpolitischen Fragen zu gelten, gegen die staatliche Versicherung zugunsten einer privaten Einrichtung seine Stimme erhebt; ich weiß sehr wohl, daß, wenn wir nicht den staatlichen Impfwang hätten, wir die Pockenepidemien nicht vermieden hätten, und daß, wenn wir keinen staatlichen Schulzwang hätten, die Zahl der Analphabeten auch bei uns groß sein würde. Aber ich kann, wenn ich auch die staatliche Schutzgesetzgebung im allgemeinen für das Beste erachte, im besonderen in einer Einzelfrage doch für private Maßnahmen eintreten. Wenn ich also in dem folgenden der privaten Versicherungsform das Wort rede, so tue ich es nicht nur, weil ich in absehbarer Zeit keinen staatlichen Wöchnerinnenschutz erwarte, sondern auch deswegen, weil mir das private System mancherlei und nicht geringe Vorzüge zu haben scheint.

Zunächst will ich hervorheben, daß nach meiner Meinung das private System viel billiger arbeiten würde als das staatliche. Ich verweise auf die geschilderten Verhältnisse der Mutualité maternelle. Welche Kosten würde allein die Besoldung der Inspektoren und des sonstigen Personals, wenn die Staatsbeamten wären, verursachen. Der Staat kann derartige Leistungen, wie sie in dem Pariser Institut von Damen der Gesellschaft unentgeltlich verrichtet werden, nicht umsonst verlangen; aber auch bei uns wie in Frankreich wird sich gewiß gern eine große Anzahl von Damen ohne Entgelt einer sozial und national so hochwertigen Einrichtung ehrenamtlich zur Verfügung stellen. Dadurch würden mancherlei Ausgaben der Versicherungskasse erspart bleiben, und die von den Versicherten zu erhebenden Beiträge könnten um das Entsprechende erniedrigt werden. (Auch in sozialer Hinsicht würde die freiwillige Tätigkeit der Damen auf diesem Gebiete nur zu begrüßen sein, weil sie mit dazu beitragen würde, die schroffen Klassengegensätze zu mildern).

Eine weitere Ursache, die bei dem privaten System eine Erniedrigung der Mitgliederbeiträge veranlassen würde, würde darin bestehen, daß den privaten Kassen Stiftungen von Philanthropen zufließen würden, die eine staatliche Kasse nicht zu erwarten hat. Wie den privaten Mutterschaftskassen in Italien — es gibt solche in Mailand und Turin, in anderen Städten, wie Rom und Bergamo³⁾, sind sie im Entstehen begriffen — und der Mutualité maternelle reiche Unterstützungen von Großindustriellen und sonstigen reichen Leuten gewährt wurden, so werden derartige Zuwendungen auch bei uns nicht ausbleiben, solange es sich um private Institute handelt.

Durch die Inanspruchnahme von ehrenamtlich tätigen Beamten und Beamtinnen, wie durch die Annahme von Unterstützungen seitens reicher Philanthropen würde die Mutterschaftskasse doch noch keineswegs in eine Wohltätigkeitsanstalt verwandelt, die Mitglieder der Kasse würden doch noch nicht zu Almosenempfängern herabgewürdigt werden. Die Mitglieder erlangen durch ihre Beiträge einen Anspruch auf die relativ hohe Unterstützungsprämie für den Fall der Schwangerschaft; denn tritt diese nicht ein, so haben sie ja ihre Beiträge umsonst bezahlt. Die Mutterschaftskassen werden daher den Charakter einer Wohlfahrtseinrichtung (die sich doch wesentlich von einer Wohltätigkeitsanstalt unterscheidet) besitzen, wie etwa ein aus Stiftungen erbautes und zum Teil erhaltenes Krankenhaus, in dem man für eine relativ geringe Zahlung verpflegt und behandelt wird; die Patienten eines solchen Krankenhauses wird doch niemand als Almosenempfänger ansehen.

Ein weiterer Grund, weswegen ich das private System der Mutterschaftsversicherung vorziehe, liegt darin, daß mit dem

1) Nach Angaben von Fr. Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik. Berlin 1906. — 2) Nach einem Bericht von Legien. — 3) Nach einer brieflichen Mitteilung von Frau Prof. Paulina Schiff (Mailand).

Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz allein nicht das erstrebte sozialhygienische Ziel (Gesunderhaltung der Wöchnerinnen und der Säuglinge) erreicht werden kann, sondern daß diese Schutzeinrichtungen mit anderen Instituten zusammen wirken müssen, um ihren Zweck ganz zu erreichen. Ich verweise hier wieder auf die Verhältnisse der Mutualité maternelle. Die Sterblichkeit der Kinder von denjenigen der Mutualité maternelle angehörenden Frauen, welche die „Säuglingspolikliniken“ und die „Institute zur Beschaffung guter Milch“ benutzt hatten, betrug 3%; die Sterblichkeit der Kinder von denjenigen ebenfalls der Mutualité maternelle angehörenden Frauen, welche diese Institute nicht benutzt hatten, betrug 7,5%. — Auch Anna Pappritz¹⁾ sagt gelegentlich der Besprechung der obenerwähnten Petition des Bundes deutscher Frauenvereine, daß „selbst wenn die Kassenunterstützung die Höhe und Dauer erreichte, welche von seiten der Frauen vorgeschlagen wird, so würde dies noch keineswegs genügen, den Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz so zu gestalten, wie er im Interesse einer gesunden Fortentwicklung des Volkes notwendig ist. Wir brauchen im Anschluß an die Mutterschaftsversicherung Errichtung von Krippen, Anstellung von Hauspflegerinnen, und vor allem muß unser Bestreben sein, in jeder Stadt auf die Gründung eines Wöchnerinnenheims hinzuwirken“.

Diese hier verlangten Institute sind aber wohl bei weitem der Mehrzahl nach Wohlfahrtseinrichtungen. Also auch diejenigen, die, wie Anna Pappritz, die staatliche Mutterschaftsversicherung fordern, halten ein Zusammenarbeiten mit Wohlfahrtseinrichtungen für notwendig. Warum kann dann die Mutterschaftsversicherung nicht selbst eine Wohlfahrtseinrichtung sein? Wird nicht ein Zusammenwirken zweier Wohlfahrtseinrichtungen sich eher und besser ermöglichen lassen, als wenn ein staatliches Institut mit einem privaten ins Benehmen zu treten gezwungen ist?

Schließlich sei noch auf einen Vorzug der privaten Versicherung hingewiesen, der darin besteht, daß das private System sich den individuellen örtlichen Verhältnissen anpassen kann. Es wird sich hierbei sehr wahrscheinlich zeigen, daß die theoretisch gewiß gerechtfertigten, umfassenden Maßnahmen, wie sie in dem Mayetschen System gefordert werden, in praxi garnicht nötig, wenigstens nicht in allen Orten des Deutschen Reiches nötig sind: vielmehr ist nach Analogie anderer hygienischer Erfahrungen anzunehmen, daß mit der Beseitigung der größten Mißstände auch die eigentliche Gefahr wegfallen wird. Ich erinnere daran, daß z. B. die früher von Typhus durchseuchten Städte, wie München und Danzig, sich zwar nicht gänzlich frei von eingeschleppten Typhusbazillen halten können, was man theoretisch zum Schutze der Einwohner fordern mußte, daß aber nach Einführung von zweckmäßigen Wasserleitungen und Kanalisationen von einer Typhusgefahr in diesen Städten nicht mehr die Rede sein kann; hätte man auf diese erreichbaren hygienischen Einrichtungen verzichten sollen, weil man mit ihnen nicht den letzten Typhusbacillus von den Städten abhalten kann? Und so glaube ich, daß man auch ohne die Erfüllung der theoretisch berechtigten Forderungen²⁾, wie sie das Mayetsche System enthält, zum Ziele gelangen wird, wenn man je nach den örtlichen Verhältnissen die größten Mißstände aus dem Wege räumt. Die private Versicherung kann aber zweifellos viel leichter, je nach dem betreffenden Ort individuell verfahren, als es eine schematisch funktionierende, staatliche Einrichtung tun müßte.

So meine ich nun eine Anzahl triftiger Gründe genannt zu haben, warum gegenwärtig mir das private System den Vorzug zu haben scheint.

Selbstverständlich nehme ich an, daß einer privaten Mutterschaftskasse angemessene Unterstützungen von seiten der Gemeinden und des Staates zufließen werden. Denn die zweifellos zu erwartenden sozialhygienischen Erfolge des Wöchnerinnen- und Säuglingsschutzes werden den genannten Gemeinwesen nicht unerhebliche

Ausgaben ersparen. — Auch setze ich als selbstverständlich voraus, daß das private Institut sich frei hält von jeglichen politischen oder religiösen Nebenabsichten.

Indem ich jetzt die private Versicherungsform propagiere, will ich damit nicht behaupten, daß es nicht einmal an der Zeit sein könnte, eine staatliche Einrichtung zu verlangen; wie ja auch umgekehrt diejenigen, die die staatliche Versicherung für die Zukunft verlangen, gegen eine jetzt schon erreichbare Form der privaten Versicherung sich nicht auflehnen werden. Sagt z. B. auch Leopold Katscher³⁾, der zu den Propagandisten des staatlichen Systems gehört, „daß man angesichts der Erfolge der Pariser Kasse sehnlichst wünschen muß, daß solche Veranstaltungen allenthalben in großer Zahl entstehen“. Wollte man das sofort erreichbare private System ablehnen, weil man das in weiter Ferne liegende staatliche System verlangt, so würde dies an den bekannten Radikalismus erinnern, der sich gegen jede Sozialreform im Gegenwartsstaate richtet, weil er den Zukunftsstaat propagiert.

Kürzlich hielt ich in der hiesigen Gewerkschaft der Buchdrucker einen Vortrag, in dem ich das Problem der Mutterschaftsversicherung erörterte und am Schluß die private Versicherung forderte. In der darauf folgenden Diskussion lehnten einige Radikale das private System als „Flickwerk“ ab; andere Gewerkschaftsmitglieder hielten es dagegen für sehr zweckmäßig, mit privaten Kassen den Versuch zu machen und nicht nur auf die staatliche Einrichtung zu warten; sie wiesen darauf hin, daß ja auch lange vor der staatlichen Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung es zahlreiche private Krankenkassen gegeben habe.

So glaube ich nun, die Notwendigkeit eines hinreichenden Wöchnerinnen- und Säuglingsschutzes erwiesen und die Zweckmäßigkeit einer privaten Mutterschaftsversicherung gezeigt zu haben. Es bleibt jetzt nur noch zu wünschen, daß wir bald Taten sehen. In Karlsruhe sind auf meine Anregung hin bereits die ersten Schritte getan, eine private Mutterschaftskasse ins Leben zu rufen.

¹⁾ Sozialer Fortschritt No. 12 u. 13; Dietrich, Leipzig.

²⁾ Auch die „offene Bauweise“ (Einfamilienhaus) zu fordern, ist theoretisch durchaus gerechtfertigt, und tatsächlich wurde bis vor kurzem wohl von den meisten Hygienikern das große Mietshaus, die „Mietskaserne“ bekämpft. Die offene Bauweise ist aber zurzeit in der Regel undurchführbar und würde infolge der hohen Bodenpreise und großen Bauunkosten die Mieten derart verteuern, daß dadurch der sonstige sozialhygienische Nutzen sehr fraglich werden würde. Andererseits hat man mit den erreichbaren „Mietskasernen“, wenn diese zweckmäßig eingerichtet sind, sehr gute Erfahrungen gemacht; so besaß 1903 bereits eine Baugesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. 137 Häuser mit 875 Wohnungen in sechs Blocks, in denen 4303 Personen wohnten; die Häufigkeit der Sterbefälle war bei den 2154 Kindern unter 14 Jahren 12,9 per Jahr und Tausend gegen 25,7 bei den anderen entsprechenden Kindern in Frankfurt. — In München bestehen ähnliche Wohnhäuser seit einigen Jahren; anfangs wurden diese von der sozialdemokratischen Presse verhöhnt, jetzt aber werden sie zum größten Teil von Sozialdemokraten bewohnt.